



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 26. April 2023

Härtere Gangart beim Wolf ist überfällig!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in vielen Gegenden Deutschlands kommt der Wolf dem Menschen und menschlichen Siedlungen immer näher. Die Wolfsbestände wachsen ungebremst – aktuell ist von 1.500 bis 2.700 Tieren in Deutschland auszugehen – und damit steigen auch die Konflikte und Schadensfälle. Viele Menschen erfüllt dies mit Unbehagen und Angst.

2021 wurden rund 3.500 Nutztiere in Deutschland vom Wolf getötet. Das damit verbundene Tierleid lässt uns nicht kalt. Weidetierhalter sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht.

Es muss endlich Schluss sein mit der romantisierenden Verklärung der Wiederansiedlung des Wolfes. Große Raubtiere sind gefährlich – und die Probleme für Mensch und Tiere, vor denen wir immer gewarnt haben, treten jetzt überdeutlich zutage. Denn es werden zunehmend auch Lebensräume besetzt, die für diese großen Raubtiere schlichtweg ungeeignet sind.

Die bisherigen Versuche der Politik, mit steigenden Wolfsbeständen umzugehen und den Sorgen der Menschen gerecht zu werden, waren unzureichend. Während unserer Regierungszeit wurden entsprechende Initiativen regelmäßig vom damals SPD-geführten Bundesumweltministerium ausgebremst. Heute sorgt die von den beiden grünen Bundesministern Özdemir und Lemke ausgerufene „Hausfreundschaft“ zwischen Umwelt – und Landwirtschaftsministerium dafür, dass sich beim Thema rein gar nichts tut. Das Sicherheitsempfinden der Menschen und die wirtschaftlichen Perspektiven der Weidetierhalter verbessern sich dadurch nicht.

Steffen Bilger MdB
Stellvertretender Vorsitzender
T 030. 227-73023
F 030. 227-2373023
steffen.bilger@bundestag.de

Dr. Anja Weisgerber MdB
Vorsitzende der AG Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz
T 030. 227-79344
F 030. 227-76343
anja.weisgerber@bundestag.de

Albert Stegemann MdB
Vorsitzender der AG Ernährung
und Landwirtschaft
T 030. 227-77155
F 030. 227-70153
albert.stegemann@bundestag.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.cducusu.de

Umso wichtiger ist es, dass wir als Opposition eine klare Sprache finden: eine härtere Gangart beim Wolf ist überfällig! In unserem Antrag „*Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen - Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen*“ (Drs.-Nr. 20/3690), der heute abschließend im Deutschen Bundestag debattiert wird, verdeutlichen wir, was dafür erforderlich ist – unter anderem:

- eine realistische Betrachtung der Populationen. Der Wolf darf künftig rechtlich nicht mehr als eine streng geschützte Art gelten. Hierfür ist der Wolf statt in Anhang 4 neu in Anhang 5 der EU-FFH-Richtlinie einzustufen.
- ein effektives Wolfsbestandsmanagement nach dem Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten, wie z. B. Schwedens, mit dem ein weiteres Wachstum der Bestände verhindert und eine vernünftige Reduzierung ermöglicht wird. Es muss rechtlich einfacher als bisher möglich sein, Wölfe auch aktiv bejagen zu können.
- ein Stoppschild für den Wolf zur Schaffung wolfsfreier Zonen in Gebieten, in denen Weidetierhaltung erforderlich ist und wo der Schutz der Weidetiere anders nicht zu gewährleisten ist. Insbesondere auf Deichen oder Almen hat der Wolf nichts zu suchen. Ohne Schafe gibt es keinen wirksamen Deichschutz, ohne Almwirtschaft weniger Artenvielfalt und Erosionsschutz. Wolfsfreie Zonen sind also für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und auch für den Naturschutz zwingend erforderlich.

Die menschliche Gesundheit und der Schutz des Eigentums müssen immer oberste Priorität haben. Sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission haben dafür Sorge zu tragen, dass dieser fundamentale Grundsatz nicht zur hohlen Floskel wird. Genau dies droht aber, wenn die EU-Kommission auf bestehende rechtliche Spielräume der EU-Mitgliedstaaten beim Umgang mit dem Wolf verweist – und dann Mitgliedstaaten wie Deutschland, namentlich durch die Bundesumweltministerin und den Bundeslandwirtschaftsminister, diese unter Verweis auf das europäische Regelwerk weder anerkennen noch die Länder bei der Erarbeitung von entsprechenden Maßnahmenplänen unterstützen. Ein solches „Verantwortungs-Ping-Pong-Spiel“ auf dem Rücken der Menschen in den ländlichen Räumen und der Landwirte muss enden.

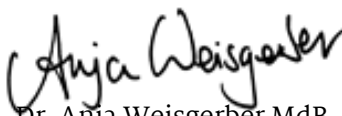
Bundesumweltministerin Lemke muss endlich tätig werden – sowohl auf europäischer Ebene als auch in Deutschland. In Brüssel muss umgehend die Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes erfolgen. Dies sehen wir als zwingende Voraussetzung für eine effektive Verringerung der Wolfsbestände.

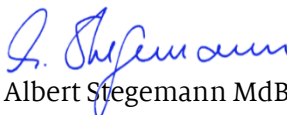
Der Bundesregierung würde so die letzte Ausrede genommen, warum sie beim Wolf nicht entschlossen handelt.

Wir kümmern uns um die Anliegen der Menschen im ländlichen Raum und werden als Opposition im Deutschen Bundestag mit Nachdruck auf ein Handeln der Bundesregierung drängen.

Mit freundlichen Grüßen


Steffen Bilger MdB


Dr. Anja Weisgerber MdB


Albert Stegemann MdB